

Vortrag Mitgliederversammlung der Weiterbildung Hessen e.V.

18.April, 11h-12h (30 Minuten Vortrag + 15 Min. Diskussion)

Vielen Dank für die Einladung zur 17. Ordentlichen Mitgliederversammlung des Dachverbandes der hessischen Bildungsanbieter, Weiterbildung Hessen e.V..

Ich freue mich sehr auf die Möglichkeit, mit Ihnen, also den Vertretern einer Vielzahl unterschiedlichster Weiterbildungsanbieter, aktuelle Herausforderungen der Demokratie zu diskutieren.

Ich denke, mein Vortrag ist auch für jene Einrichtungen interessant, die sich nicht in erster Linie mit politischer Bildung beschäftigen.

Denn (davon bin ich überzeugt):

Demokratie ist vielleicht nicht alles, aber ohne Demokratie ist alles nichts.

Der Titel meines Vortrags lautet

Demokratie neu denken - Von der Symptombekämpfung zum Perspektivwechsel

Der Vortrag baut auf einem Artikel auf, den ich gemeinsam mit meinem Team an der Forschungsstelle Demokratische Innovationen an der Goethe Universität Frankfurt vorbereite

(mit Petra Guasti, Jonathan Rinne, Anna Krämling und Lars Paulus)

Ich werde ca 30 Minuten sprechen und anschließend haben wir 10-15 Minuten Zeit für die Diskussion eingeplant.

Ich habe meinen Vortrag folgendermaßen gegliedert,

- 1. Was soll Demokratie?
- 2. Mit welche Krisensymptome ist die Demokratie aktuell konfrontiert?
- 3. Welche Reformen werden diskutiert und warum bezeichnen wir an der Forschungsstelle diese Reformen als Symptombekämpfung?
- 4. Wie können wir eine Demokratie von morgen denken?
Perspektivwechsel statt Symptombekämpfung
- 5. Welche Rolle kann die allgemeine, berufliche und politische Bildung bei der Bewältigung der Krise übernehmen?

- Was kann die Erwachsenenbildung als wichtige Kommunikationsstelle beitragen?
Und dies ist vermutlich der Teil, bei dem ich als Politikwissenschaftlerin sicherlich etwas von Ihnen lernen kann.

1. Was soll Demokratie?

Wenn ich in diese Runde fragen würde, was Demokratie ist, würde ich sicher ähnliche sowie unterschiedliche Antworten bekommen:

Lebensform,
politische Ordnung,
Freiheit und Gleichheit
Staatsform,
Herrschaftsform.....

Mir geht es im Folgenden in erster Linie um Demokratie im Sinne des alt-griechischen Wortes, also Herrschaft (kratie) des Demos (Volkes).

Wie stellt sich diese Herrschaft des Volkes her?

Zunächst werden die meisten sagen: durch Wahlen der Repräsentanten aus verschiedenen Partei.

So sind heute alle Demokratien organisiert.

Parteien stellen sich zur Wahl und Parteien oder Kandidaten aus diesen Parteien werden gewählt – mit der Vorstellung, dass sie die Bevölkerung repräsentieren.

Die Herrschaft des Volkes ist aber auf unterschiedliche Weisen möglich und erschöpft sich keinesfalls in der Auswahl der Repräsentanten.

Demokratie als Volksherrschaft lässt sich auf verschiedenen Wegen verwirklichen.

Denken wir nur an die erste Demokratie, die sich vor vielen Jahrhunderten in Athen entwickelt hat – die Bürger trafen sich auf dem Marktplatz und haben dort gemeinsam diskutiert und anschließend entschieden.

Ein Verfahren, das heute noch in einigen Schweizer Gemeinden angewandt wird.

Dieses Vorgehen ist in großen Staaten natürlich kaum möglich und so hat sich die Idee der Repräsentation durch Wahlen entwickelt.

Die verschiedenen Bevölkerungsgruppen mit ihren jeweiligen Interessen, z.B. Arbeiter, Bauern, Katholiken, werden durch Parteien vertreten – so das Konzept.

Dieses Vorgehen hat sich in allen Demokratien durchgesetzt (mit wenigen Ausnahmen).

Wahlen sind also heute das Verfahren, das wir am besten kennen; jedoch machen Wahlen nicht den innersten Kern von Demokratie aus.

Entwickelt im letzten und vorletzten Jahrhundert – vor dem Hintergrund damaliger Gesellschaften – ist eine auf Wahlen beruhende Parteien-Demokratie aus unserer Perspektive ein Auslaufmodell.

Denn die Idee, dass Bevölkerungsgruppen jeweils spezifische Interessen haben, die durch Parteien vertreten werden können, stimmt heute nicht mehr.

Es gibt nicht mehr die Gruppe der Arbeiter mit genau abgegrenzten Arbeiterinteressen, die Gruppe der Bauern mit klaren Bauerninteressen oder die Gruppe der Katholiken mit eindeutigen Gruppeninteressen. Die Gesellschaft ist vielfältiger geworden.

Eindeutige Gruppenzugehörigkeiten gibt es kaum noch.

Und so kann auch das Konzept, dass Parteien bestimmte Bevölkerungsgruppen repräsentieren nicht mehr funktionieren.

Neue Demokratiemodelle sind nötig, um die Herrschaft des Volkes zeitgemäß umzusetzen.

Wie könnten neue Demokratiemodelle aussehen?

Um diese Frage zu beantworten, ist es sinnvoll, zum Ursprung zurück zugehen.

Was meint Herrschaft des Volkes?

Im Zentrum von Demokratie stehen kollektive Willensbildung und Entscheidungsfindung, an welchen die gesamte Bevölkerung gleichberechtigt teilnehmen kann.

BEISPIEL FAMILIE ODER WOHNUNGSGEMEINSCHAFT ODER GRUPPE VON FREUNDEN:

WOCHENENDE GEMEINSAM VERBRINGEN

Dieses Ideal ist in einer modernen Gesellschaft allerdings kaum mehr realisierbar.

Heutige Staaten sind zu groß für diese Art der gemeinsamen Willensbildung und Entscheidungsfindung.

Aber es gibt eine Art Hilfskonstruktion, mit der man erkennen kann, ob die Politik dem Ziel kollektiver Willensbildung und Entscheidungsfindung gerecht wird.

Wichtige politische Entscheidungen in unseren heutigen Demokratien sollten drei Prinzipien erfüllen:

Wichtige politische Entscheidungen sollen auf der Basis kollektiver Willensbildung erfolgen und die Ergebnisse, also die Präferenzen der Bevölkerung widerspiegeln (Responsivität);

BEISPIEL: MINDESTLOHN

sie müssen von der Bevölkerung akzeptiert werden (Legitimität); und

sie müssen von der Bevölkerung überwacht werden können (Kontrolle), d.h. die Bevölkerung muss die Möglichkeit haben, den Entscheidungsträgern zu signalisieren, dass sie mit einer Entscheidung nicht einverstanden sind und diese Kontrolle muss ernst genommen werden.

Um eine kollektive Willensbildung und Entscheidungsfindung zu ermöglichen, sind außerdem zwei grundlegende Voraussetzungen zu erfüllen:

Ein Mindestmaß an sozio-ökonomischen Gleichheiten sowie

politische Freiheiten, wie Rede-, Assoziations- oder Pressefreiheit.

- 2. *Mit welche Krisensymptome ist die Demokratie aktuell konfrontiert?*

Nicht erst die letzte Bundestagswahl hat bei vielen BürgerInnen den Eindruck erweckt, dass die Demokratie in einer Krise steckt.

Einige Krisensymptome habe ich bereits angedeutet:

Parteien spiegeln kaum mehr die Interessen von Bevölkerungsgruppen wieder,

Menschen fühlen sich von den Parteien kaum vertreten.

Die Parteibindung, die zentral für die Parteiendemokratie ist und im letzten Jahrhundert für weitgehend stabile Mehrheitsverhältnisse gesorgt hat, erodiert.

Wenige Tage vor der Bundestagswahl waren laut Infratest Dimap noch 43 % der Wahlberechtigten unentschlossen, welcher Partei sie ihre Stimme geben werden.

Davon profitieren insbesondere neue Parteien und Kandidaten, die sich als ‚Anti-Establishment‘ verkaufen (siehe letzte Bundestagswahl).

Es engagieren sich immer weniger Menschen in Parteien und das Vertrauen der Bevölkerung schwindet kontinuierlich: 80 % der Deutschen haben derzeit kein Vertrauen mehr in die politischen Parteien.

Neue Parteien entstehen und verschwinden.

Ein Viertel der WählerInnen hat sich dauerhaft von der Wahlurne verabschiedet – vor allem Personen mit niedriger Bildung und geringem Einkommen.

An der kollektiven Willensbildung und Entscheidungsfindung nehmen diese kaum noch Teil, was nicht folgenlos bleibt.

Die politische Gleichheit verschwindet – mit fatalen Folgen auf für die sozio-ökonomische Gleichheit.

Diese Symptome sind kein typisch deutsches Phänomen.

Sinkendes politisches Vertrauen oder der Aufstieg von sog. ‚Anti-Establishment-Parteien‘ lassen sich heute in vielen Demokratien beobachten:

AfD, En Marche (Frankreich), Podemos (Spanien), 5-Sterne (Italien), die Wahren Finnen (Finnland), die Aktion unzufriedener Bürger (Tschechien) oder Syriza (Griechenland) sind hierfür einschlägige Beispiele.

Die BürgerInnen haben zunehmend den Eindruck, dass kollektive Willensbildung und Entscheidungsfindung, Responsivität, Legitimität und Kontrolle nicht mehr durch das Wählen von Parteien gewährleistet werden kann.

3. Welche Reformen werden diskutiert und warum bezeichnen wir diese als Symptombekämpfung?

Es werden immer häufiger Stimmen laut, die Reformen zur Reparatur der (Parteien-) Demokratie vorschlagen.

Die Einführung einer Wahlpflicht, eine stärkere Einbindung von Experten und der Zivilgesellschaft sowie eine direktdemokratische und dialogorientierte Bürgerbeteiligung sind hier wohl die prominentesten Beispiele.

Sehen wir uns diese genauer an.

Um gegen die niedrige und sozial ungleich verteilte Wahlbeteiligung vorzugehen, schlagen einige Autoren die Einführung einer allgemeinen Wahlpflicht vor.

Ob der gewünschte Effekt dadurch allerdings tatsächlich eintritt, ist ebenso fraglich, wie eine Verbesserung der politischen Akzeptanz, Responsivität oder Kontrolle.

Dies zeigt schon ein Blick auf Länder mit Wahlpflicht: Ägypten, Bolivien, Brasilien oder Peru – alle diese Länder haben Wahlpflicht - sind nicht gerade für ihre demokratische Praxis bekannt.

Ein weiterer, häufig diskutierter Reformvorschlag ist die stärkere Einbeziehung von Experten und der Zivilgesellschaft in die politische Willensbildung und Entscheidungsfindung.

Jedoch ist auch hier fraglich, was mit dieser Reform erreicht werden kann.

Das Parlament würde vermutlich noch mehr Vertrauen und Zustimmung verlieren, da der politische Einfluss zunehmend bei Gruppen läge, über deren Zusammensetzung die Bürger keinen Einfluss mehr haben. Das dürfte von der Bevölkerung nicht unbedingt für gut befunden werden.

Seit einigen Jahren gibt es Vorschläge, die direktdemokratischen und dialogorientierten Verfahren, z. B. lokale Agenda 21 oder Bürgerhaushalte, auszuweiten.

Befürworter versprechen sich von diesen Maßnahmen, dass vernachlässigte Präferenzen in die politische Agenda einfließen und es zu einer Stärkung der Responsivität kommt.

Vieles weist allerdings darauf hin, dass sich an direktdemokratischen sowie dialogorientierten Verfahren überwiegend die ressourcenstarken und höher gebildeten Schichten beteiligen.

Dadurch werden die Responsivität gegenüber den Interessen anderer Bevölkerungsgruppen und somit auch die politische Gleichheit vielleicht eher geschwächt.

Vor allem erscheint die punktuelle Bürgerbeteiligung zu einigen wenigen Themen kaum geeignet die kollektive Willensbildung und Entscheidungsfindung im Allgemeinen zu verbessern.

Alle diese Vorschläge teilen im Kern zwei Gemeinsamkeiten:

Sie zielen darauf ab, einzelne Symptome wie beispielsweise geringe Wahlbeteiligung zu bekämpfen, und blicken dabei nicht über den Tellerrand der repräsentativen Parteien-Demokratie hinaus.

Sie zeichnen sich eher durch eine mutlose und aktionistische Kurzsichtigkeit aus als durch eine planvolle Konzeption der zukünftigen Demokratie.

4. *Wie können wir eine Demokratie von morgen denken?*

Perspektivwechsel statt Symptombekämpfung

Wir sehen die aktuelle Krise des repräsentativ-demokratischen Modells als einen notwendigen Anstoß für die Suche nach neuen Demokratiemodellen, die besser geeignet sind, auf gesellschaftliche Veränderungen zu reagieren.

Ein solcher Wandel wäre keine Besonderheit:

Demokratie hat sich in der Vergangenheit immer an Veränderungen und neue Herausforderungen angeglichen.

Auf der Basis unserer Forschung sind wir davon überzeugt, dass ein dreifacher Perspektivwechsel notwendig ist, um die Demokratie von morgen zu gestalten.

Erstens sollten wir uns auf das eigentlich Wichtige, den Kern von Demokratie konzentrieren (nicht nur auf Wahlen):

kollektive Willensbildung und Entscheidungsfindung, Responsivität, Legitimität, Kontrolle sowie Gleichheit und Freiheit.

Reformen müssen auf die Umsetzung dieses demokratischen Kerns und seiner Voraussetzungen ausgerichtet sein.

Kleinteilige Reformbemühungen, wie sie derzeit oft diskutiert werden, verfolgen nicht primär diese Ziele, sondern versuchen lediglich, repräsentativ-demokratische Verfahren zu reparieren.

Zweitens muss *systematisch* für alle demokratischen Verfahren evaluiert werden, welche Ziele jeweils erreicht werden können.

Auch Wahlen, die derzeit noch alternativlos erscheinen, sind nach diesen Maßstäben zu bewerten wie neue Reformvorschläge.

Führen beispielsweise Wahlen tatsächlich zu Responsivität? Spiegeln sie die Interessen der Bürger wider? Führen sie zu politischer Akzeptanz?

Wie sieht es aus mit Verfahren wie Bürgerhaushalten?

Oder mit direktdemokratischen Verfahren?

Auf der Basis dieser Erkenntnis muss drittens ermittelt werden, welche Kombinationen von Verfahren geeignet sind, kollektive Willensbildung und Entscheidungsfindung zu gewährleisten.

Denn, das dürfte deutlich geworden sein, kein Verfahren alleine kann die Anforderungen erfüllen.

So erscheinen Wahlen nur bedingt die Interessen der Bevölkerung widerzuspiegeln oder Legitimität zu schaffen.

Und das gilt für alle anderen Verfahren ebenso.

Die Suche nach den passenden Kombinationen sollte sich durch eine *systemische* Herangehensweise auszeichnen; das heißt, im Mittelpunkt steht das gesamte ‚System Demokratie‘ und nicht nur einzelne Aspekte oder einzelne Verfahren.

Das heißt: Wann brauchen wir direktdemokratische Verfahren, wann dialog-orientierte, wann Wahlen?

Z.B. ist es für eine kollektive Willensbildung zu einem neuen Thema häufig notwendig, zunächst über Themen zu diskutieren, damit sich die Bürgerinnen und Bürger ein Bild über die verschiedenen Optionen, die Vor- und die Nachteile machen können.

Das geht natürlich nicht zu jedem Thema, aber zu den gesellschaftlich wichtigen Themen.

Dann könnte über dieses Thema direktdemokratisch abgestimmt werden – wie das beispielsweise in Irland der Fall ist.

Die Bundesrepublik gehört bisher nicht zu Vorreitern zukunftsweisender demokratischer Innovationen. Allerdings lassen sich bereits vereinzelt zukunftsweisende Beispiele für die konstruktive Gestaltung der Demokratie beobachten.

In Filderstadt, Baden-Württemberg, wurde kürzlich mit einem neuen Abstimmungsverfahren experimentiert.

Dabei stimmt die Bevölkerung über eine Vielzahl an Themen ab und stellte jenseits von Parteiwahlprogrammen ein eigenes politisches Programm zusammen.

Durch diese Ergänzung der Parteienwahl um eine Themenwahl kann die Bevölkerung ihre Präferenzen zum Ausdruck bringen.

Die Demokratie von morgen wird anders sein als die Demokratie von heute.

Ein Perspektivenwechsel ist notwendig um die Demokratie der Zukunft entwickeln zu können.

Denn: „Die Zukunft wird nicht gemeistert von denen, die am Vergangenen kleben“ (Willy Brandt).

Und damit komme ich zu meinem fünften Punkt:

5. Welche Rolle kann die allgemeine, berufliche und politische Bildung bei der Bewältigung der Krise übernehmen?

Was kann die Erwachsenenbildung als wichtige Kommunikationsstelle beitragen?

Ich muss hier nicht weiter ausführen, dass vor allem der Erwachsenenbildung eine zentrale Rolle bei der Re-Vitalisierung der Demokratie zukommt.

Demokratie lernen bedeutet mehr als Institutionenkunde – zu verstehen, wie das derzeitige politische System funktioniert ist eine Seite, aber Demokratie-lernen ist viel mehr.

Im Grunde, und mit Bezug auf meine bisherigen Ausführungen, geht es darum, dass Bürgerinnen und Bürger wieder Mut gemacht wird, Demokratie im Wortsinns zu verstehen, also als Herrschaft des Volkes,

also sie zu befähigen, ihre Interessen in die Gesellschaft einzubringen und an der Lenkung des Staates teilzuhaben, zu partizipieren.

Dies gilt vor allem für jene Gruppen in der Bevölkerung, die sich vom politischen Leben bereits verabschiedet haben – ein Viertel der Wahlberechtigten geht schon seit Jahren nicht mehr wählen.

Demokratie-Lernen hat als Ziel, den sogenannten mündige Bürger und die mündige Bürgerin zu bilden.

Notwendig sind hierzu neben dem Wissen über politische Institutionen beispielsweise

- Die Fähigkeit, eigene Interesse und Wertvorstellungen wahrzunehmen und zu vertreten
- Die Fähigkeit, die Interessen und Wertvorstellungen anderer anzuerkennen - denn wie leben in einer pluralistischen Gesellschaft mit unterschiedlichen Wertvorstellungen und Interessen.
- Die Fähigkeit, Konflikte auszutragen, Kompromisse zu finden und zu akzeptieren
- Die Regeln der Kompromissfindung anzuerkennen und umzusetzen, das heißt Gewaltlosigkeit, Fairness und Einhaltung der Verfassung
- Die Fähigkeiten, verlieren zu können
- Usw.

Dabei kann die Gesellschaft und die politischen Entscheidungsträger die Aufgabe, mündige Bürgerinnen und Bürger auszubilden, natürlich nicht einfach auf die Einrichtungen der Weiterbildung ‚abwälzen‘.

Vielmehr sollten die politischen Entscheidungsträger entsprechende Einrichtungen tatkräftig dabei unterstützen.

Einzelne Programme der Bundesregierung gehen bereits in diese Richtung, z.B. die Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung von 2016.

Häufig beschränkt auf

Kampf gegen Rechtsextremismus, Linksextremismus und Salafismus.

Ein solcher Zugang greift zu kurz.

Es geht um mehr,

es geht um die Re-vitalisierung der Demokratie, um das neu Denken von Demokratie.

Ein breites Bündel von Maßnahmen notwendig:

- Mehr politische Bildung auch bei der beruflichen Bildung, verankert im Stundenplan,
- mehr politische Weiterbildungsmöglichkeiten auch in der Erwachsenenbildung
- das Initiieren kollektiver Willensbildungsprozesse zu bestimmten Themen, auch in der Erwachsenenbildung
- und darüber hinaus auch institutionelle Möglichkeiten, z.B. die Einführung direktdemokratischer Abstimmungsmöglichkeiten oder die Möglichkeit für die Bevölkerung, wie in der Schweiz oder in Finnland, Themen auf die politische Agenda zu setzen, d.h. das Parlament zu zwingen, sich mit bestimmten Themen zu befassen.

Ich freue mich auf die Diskussionen mit Ihnen, welche Schritte die Bildungsanbieter angehen können, um daran mitzuarbeiten,

den Bürgerinnen und Bürgern die Demokratie ‚zurück zu geben‘ bzw. Bürgerinnen und Bürger dabei zu unterstützen, ‚to take back democracy‘.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!